Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5593**

16. Wahlperiode 13. 06. 2007

Antrag

der Abgeordneten Dr. Rainer Stinner, Birgit Homburger, Elke Hoff, Dirk Niebel, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Planungen für Bundeswehr-Ehrenmal am Bendlerblock aussetzen – Würdigung der Toten in unmittelbarer Reichstagsnähe

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit nunmehr 15 Jahren nimmt die Bundeswehr an internationalen Militäreinsätzen teil. Dabei sind bislang 68 deutsche Soldaten ums Leben gekommen. Eine Würdigung dieser Toten durch die Bundesrepublik Deutschland in der Öffentlichkeit ist überfällig.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Der Deutsche Bundestag entscheidet über ihren Einsatz. Deshalb sollte den Menschen, die bei diesen Einsätzen sterben, in unmittelbarer Nähe des Deutschen Bundestages gedacht werden.

Die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine gedenken ihrer verstorbenen Soldatinnen und Soldaten auf Ehrenbreitstein, in Fürstenfeldbruck und in Laboe. Diese Gedenkstätten sind von den Soldaten für die Soldaten. Sie können daher kein Ersatz für ein öffentliches, staatliches Gedenken sein.

In der breiten Öffentlichkeit ist das Bewusstsein dafür, dass die Auslandseinsätze der deutschen Bundeswehr zwangsläufig immer mit konkreter Gefahr für Leib und Leben der Soldatinnen und Soldaten verbunden sind, noch immer unterentwickelt. Ebenso fehlt eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit über die Rolle der Bundeswehr bei internationalen Missionen. In dieser notwendigen Debatte sollte auch die Diskussion zum Gedenken an verstorbene Bundeswehr-Angehörige eingebettet sein.

Es hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass die öffentliche Wahrnehmung eines Ehrenmals oder Denkmals dann am größten war, wenn es im Vorfeld der Errichtung eine öffentliche Debatte über deren Ziele und Ausgestaltung gegeben hat. Deshalb ist die Öffentlichkeit sowohl bei der Ausschrei-

bung des Künstlerwettbewerbs als auch bei der Entscheidung über Form und Gestaltung des Ehrenmals einzubeziehen.

Der Deutsche Bundestag spricht sich deshalb für einen breit angelegten gesellschaftlichen Diskussionsprozess aus, der nicht nur innerhalb der Politik verbleiben sondern in die Mitte der Gesellschaft reichen sollte. Ein öffentliches Gedenken erfordert zwingend eine Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausgestaltung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. die Planungen für ein Ehrenmal für im Dienst verstorbene Bundeswehrangehörige am Sitz des Bundesministeriums der Verteidigung in Berlin sofort auszusetzen,
2. in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundestag ein umfassendes Gedenkstättenkonzept zu entwickeln, in dem sowohl die angemessene Würdigung der im Einsatz gefallenen Bundeswehrangehörigen in unmittelbarer Nähe des Reichstagsgebäudes als auch die Einbindung bereits bestehender Gedenkstätten innerhalb der Bundeswehr enthalten sind.

Berlin, den 12. Juni 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333